

Freie Demokraten

Rhein-Kreis
Neuss **FDP**

Wahlprogramm

zur Kreistagswahl 2020

Neue Chancen für den Rhein-Kreis Neuss

www.fdp-rkn.de

Kreisprogramm 2020

Programm der Freien Demokratischen Partei
im Rhein-Kreis Neuss
zur Kommunalwahl 2020, beschlossen auf dem
Kreisparteitag am 25.05.2020 in Korschenbroich

Herausgeber

Freie Demokratische Partei
Kreisverband Rhein-Kreis Neuss
Deutsch-Ritter-Allee 27
41515 Grevenbroich

Inhaltsverzeichnis

Präambel	4
11-Punkte-Kurzprogramm	5
Wirtschaft und Finanzen	7
Strukturwandel und Energie	10
Digitalisierung und Verwaltung	11
Bildung und Familie	14
Klima- und Umweltschutz	17
Soziales, Wohnen und Gesundheit	19
Rechtsstaat und Sicherheit	23
Mobilität und Verkehr	24
Sport, Kultur und Integration	26
Bürgerbeteiligung und Ehrenamt	29

Präambel

Die Freien Demokraten im Rhein-Kreis Neuss verstehen sich als eine moderne, innovative und bürgernahe politische Kraft. Unsere Politik folgt der Vernunft und den praktischen Herausforderungen vor Ort. Mit uns wird es auch in schwierigen Zeiten keinen Stillstand geben. Wir wollen Bewährtes sichern, aber auch neue Herausforderungen mit Augenmaß und Mut gestalten. Dafür haben wir uns in den letzten sechs Jahren im Kreistag eingesetzt. Und die Ergebnisse können sich sehen lassen: Es waren sechs gute Jahre für den Rhein-Kreis Neuss.

Als Partei der Freiheit treten wir für eine offene freie Gesellschaft ein, in der der Staat zwar die notwendigen Regeln setzt, er die Bürgerinnen und Bürger aber in ihrer Lebensführung in Ruhe lässt. "Mehr Chancen für mehr Menschen" ist dabei Kernziel unserer Arbeit. Jeder Mensch - unabhängig etwa von Herkunft, Bildungsabschlüssen (auch der Eltern), Religion, Alter, Behinderung, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität - soll faire Chancen haben, das Beste aus seinem Leben zu machen. Erst das Miteinander und Füreinander der Bürgerinnen und Bürger macht unseren Rhein-Kreis Neuss attraktiv, stark und lebenswert.

Wir Freie Demokraten verfolgen konsequent das Ziel, Wohlstand und Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Kreis Neuss zu erhalten und zu verbessern. Dazu wollen wir bestehende Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen und -technologien durch eine kompetente Politik und durchdachte Wirtschaftsförderung auch mit den Herausforderungen des Strukturwandels und der Corona-Krise schaffen.

Gleichzeitig wollen wir den Rhein-Kreis Neuss zu einem der innovativsten, stärksten und digitalsten Kreise in ganz Deutschland entwickeln. Ein Kreis, in dem technischer Fortschritt, Digitalisierung und Klimaschutz im Einklang miteinander stehen. Ein Kreis, in dem wirtschaftlicher Erfolg und soziale Sicherung zwei Seiten einer Medaille darstellen.

Unseren jungen Menschen wollen wir den Weg in die Zukunft durch eine bestmögliche Schul- sowie Berufs- und Hochschulausbildung ermöglichen. Entscheidend dafür ist der Zugang zu bester Bildung. Deswegen wollen wir eine bestmögliche frühkindliche Förderung, qualitativ gute Kitas sowie gut ausgestattete Schulen und Berufsbildungszentren, in denen die Schülerinnen und Schülern mit Freude und Motivation lernen können.

Als Freie Demokraten möchten wir in diesem Programm Antworten auf die Fragen der Zeit geben und Lösungsvorschläge unterbreiten, damit unser Rhein-Kreis Neuss ein lebendiger, weltoffener und wirtschaftlich erfolgreicher Kreis bleibt. Wir wollen den Kreis positiv verändern und sind dabei optimistisch, mutig, lösungsorientiert, empathisch und weltoffen. Für uns stehen Einsatz für die Gemeinschaft, freiheitliches Denken, Verantwortungsbewusstsein, weltbeste Bildung für jeden, das Vorankommen durch eigene Leistung - selbstbestimmt in allen Lebenslagen, Hilfe zur Selbsthilfe, Klima- und Umweltschutz, die bestmögliche medizinische Versorgung, eine Politik, die rechnen kann sowie ein unkomplizierter Staat im Mittelpunkt unserer politischen Arbeit.

Wählen Sie am 13. September 2020 die Kreistagskandidatinnen und -kandidaten der Freien Demokraten, damit unser Rhein-Kreis Neuss mit seinen acht Kommunen in Zukunft noch erfolgreicher werden kann und die freiheitliche liberale Stimme im Rhein-Kreis Neuss gestärkt wird.

11-Punkte Programm

Wir wollen...

- die Wirtschaft stärken, bestehende Arbeitsplätze sichern und neue Arbeits- und Ausbildungsplätze durch neue Gewerbeflächen, Unternehmensneuan siedlung und eine aktive Wirtschaftsförderung schaffen;
- den Rhein-Kreis Neuss zu einem Vorreiter beim Thema Digitalisierung in ganz Deutschland unter Einbeziehung von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft entwickeln, angefangen von der digitalen Infrastruktur bis hin zur Digitalisierung des öffentlichen Raums mit Smart Government, Smart Health, Smart Learning, Smart Mobility und Smart Home;
- den Strukturwandel im Rahmen der Energiewende zum Wohle der Menschen und Unternehmen im Rhein-Kreis Neuss zusammen mit allen beteiligten Gruppen gestalten und den Rhein-Kreis Neuss zu einem Hotspot für Forschungstechnologien alternativer Energiekonzepte weiterentwickeln;
- eine finanzielle Entlastung der acht kreisangehörigen Kommunen durch eine niedrige und planbare Kreisumlage sowie eine nachhaltige Konsolidierung des Kreishaushaltes durch einen weiteren kontinuierlichen Schuldenabbau, nachhaltige Investitionen, Reduzierung auf die Kernbereiche und durch interkommunale Zusammenarbeit;
- weltbeste Bildung für den Bildungs- und Hochschulstandort Rhein-Kreis Neuss mit qualitativ hochwertiger frühkindlicher Betreuung, motivierten Erziehern und Lehrern sowie modern ausgestatteten Schulen, Berufsbildungszentren und Hochschulen;
- eine Sozialpolitik, bei der allen Menschen - unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Behinderung, Migrationshintergrund - die notwendige Hilfe und Förderung zu Teil wird und die Chancengerechtigkeit für ein selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Leben durch Abbau bestehender Barrieren und vorhandener Diskriminierungen in allen Lebensbereichen herstellt;
- den angespannten Wohnungsmarkt durch mehr bezahlbares Wohnraumangebot entspannen, indem wir uns dafür einsetzen die Rahmenbedingungen für Investitionen in diesem Bereich zu verbessern, durch die Beschleunigung und Vereinfachung von Baugenehmigungsverfahren sowie den Abbau bürokratischer Hürden, Regulierungen, Vorgaben und von Investitionshemmnissen wie der Mietpreisbremse;
- eine ambulante und stationäre medizinische Versorgung und Pflege im Rhein-Kreis, die den Bürgerinnen und Bürgern in der höchstmöglichen Qualität und Erreichbarkeit zur Verfügung steht und die gleichzeitig allen Beschäftigten im Gesundheitswesen gute Arbeitsbedingungen inklusive einer angemessenen Bezahlung und eine zukunftssichere Beschäftigung bietet;
- die Verkehrsinfrastruktur und die Anbindung an die umliegenden Ballungszentren durch weiteren Ausbau des ÖNPVs, Straßen-, Schienen-, Wasser- und Radwegenetzes unter Berücksichtigung der Sicherheit und der Umwelt- und Klimaschutzziele durch eine

ideologiefreie Verkehrspolitik und eine Mobilitätsoffensive verbessern, Berufspendler sollen damit zwischen echten Alternativen für den täglichen Weg zur Arbeit wählen können;

- die öffentliche Sicherheit unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger durch personelle Aufstockung sowie bessere und moderne Ausstattung von Polizei, Justiz und Rettungswesen sowie durch Aufbau und Einbeziehung von Ordnungspartnerschaften verbessern;
- Kultureinrichtungen sowie das Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement gezielt weiter fördern und anerkennen. Sportförderung für unsere Vereine, aber auch vereinsungebundene Aktivitäten für die unterschiedlichen Altersgruppen verstärkt ermöglichen, um Vereinsamung entgegen zu treten und bis ins hohe Alter Gesundheitsförderung zu stärken.

Wirtschaft und Finanzen

Wirtschaft

Der Rhein-Kreis Neuss ist ein attraktiver und erfolgreicher Standort mit einer leistungsfähigen Wirtschaft. Um die wirtschaftliche Stärke und hohe Lebensqualität im Rhein-Kreis Neuss zu erhalten und gezielt weiter zu entwickeln, bedarf es einer verantwortungsvollen und in die Zukunft gerichteten Wirtschaftspolitik, die auf dynamisches und nachhaltiges Wachstum setzt.

Im Mittelpunkt dieser verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik steht für uns Freie Demokraten im Rhein-Kreis Neuss der Mittelstand mit seinen kleinen und mittleren Betrieben - insbesondere Einzelhandel, Gaststättengewerbe, Handwerk und Kleingewerbe. Sie sind das Rückgrat unserer heimischen Wirtschaft, der Motor für Wachstum, Innovation und soziale Integration. Sie ermöglichen den Großteil der Arbeits- und Ausbildungsplätze. Dafür brauchen sie aber faire Wettbewerbsbedingungen und Freiräume zur wirtschaftlichen Entwicklung und Entfaltung und keine neuen bürokratischen Hürden und Überregulierung wie z.B. die Kassenbonpflicht für Brötchen und Croissants. Nur so können sie sich den Herausforderungen, wie Fachkräftemangel, Mangel an Gewerbeflächen, den Auswirkungen der Corona-Krise oder auch den steigenden Energiepreisen stellen. Wir fordern daher die Steuer- und Abgabenlast zu senken - auf keinen Fall jedoch zu erhöhen -, die Ausweisung von Gewerbeflächen auf interkommunaler Basis sowie eine weitere Entbürokratisierung, um Arbeitsplätze zu sichern. Gerade aufgrund der geografischen Nähe zu den Niederlanden ist auch die Sonntagsöffnung momentan ein Standortnachteil unserer lokalen Einzelhändler. Dies wollen wir durch mehr verkaufsoffene Sonntage und die damit verbundene Attraktivierung unserer Innenstädte auch an Wochenenden endlich beenden. Unser Ziel ist es, dort Hürden und Regularien zu entfernen, wo der Staat im Weg steht. Mit der Entfesselungsoffensive hat die Landesregierung hierzu bereits wirksame Veränderungen auf den Weg gebracht.

In einer Welt voller Veränderungen wird der Rhein-Kreis Neuss auch in Zukunft nur dann erfolgreich sein, wenn wir innovativ, kreativ und schnell sind. Denn Innovation und Technologieoffenheit sind die Voraussetzung für gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt. Wir Freie Demokraten wollen genau deswegen die Forschung und Entwicklung fördern und auch die Rahmenbedingungen für Start Ups, Gründerinnen und Gründer sowie junge Unternehmen deutlich verbessern. Wir setzen uns für die zeitnahe Umsetzung des geplanten Gründerzentrums (Innovationshub/Coworkingspaces) im Rhein-Kreis Neuss ein. Gezielte Wirtschaftsförderung innovativer Unternehmen und Ideen soll dazu beitragen, die Wirtschaftsstruktur unseres Kreises zu modernisieren und zukunftsfeste Jobs sicherzustellen. Das Zentrum soll insbesondere einen Anschluss an das Glasfasernetz haben sowie schnellstmöglich mit 5G versorgt werden, um die Verarbeitung von großen Datenmengen zu ermöglichen. Zudem sollen flexible und eingerichtete Büroräume für Gründerinnen und Gründer zu günstigen Preisen zur Verfügung gestellt werden, um innovative Unternehmer zu unterstützen. Das Gründerzentrum soll unter anderem Coaching-Angebote sowie Fördermittelberatung für Start-Ups anbieten. Initiativen wie das Energielabor wollen wir fördern und das Technologiezentrum Glehn durch Kooperationen zwischen Unternehmen

und umliegenden Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen weiter auf Erfolgskurs halten.

Wir Freie Demokraten setzen uns zudem für eine moderne, an neuen Marktpotenzialen orientierte, kommunale Wirtschaftsförderung ein. Wirtschaftsförderung heißt für uns: attraktiv sein, einladen, kümmern. Dazu gehören regionales Standortmarketing, Erhalt und Erweiterung der ortsansässigen Unternehmen sowie Ansiedlung neuer Unternehmen. Neue Unternehmen müssen eine Willkommenskultur vorfinden - das gilt auch für Gründerinnen und Gründer und Start Up-Initiativen. Wirtschaftsförderung bedeutet für uns aber auch die Bereitstellung und Unterstützung bei der Suche nach Gewerbeflächen mit einer geeigneten Infrastruktur. Dabei müssen die neu geschaffenen Möglichkeiten des Landesentwicklungsplans genutzt werden. Potential für die Ausweisung neuer Gewerbeflächen bieten aus unserer Sicht auch Stadt-/Gemeindegrenzen überschreitende Gebiete wie aktuell zwischen Grevenbroich und Jüchen oder Neuss und Dormagen. Hier müssen jedoch die Gegebenheiten der Verkehrsinfrastruktur für diese Neuansiedlungen auch erfüllt sein. So stellt zum Beispiel der geplante Autobahnanschluss Delrath zur A 57 ein wichtiger Baustein für ein interkommunales Gewerbegebiet der Städte Neuss und Dormagen am Silbersee dar, für den wir uns seit Jahren einsetzen.

Die Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss ist in hohem Maße exportorientiert und stark in den globalen Handel eingebunden. Die Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zu anderen internationalen Wirtschaftsregionen muss vor dem Hintergrund der immer stärker werdenden Globalisierung auf der einen Seite, aber auch vermehrt aufkommenden protektionistischen Bestrebungen wie dem Brexit auf der anderen Seite, auch in Zukunft einen Schwerpunkt der Arbeit der Kreiswirtschaftsförderung bilden. Hier kann der Kreis Aufgabenfelder wahrnehmen, die die kreisangehörigen Kommunen nicht alleine übernehmen und leisten können. Grundsätzlich wollen wir die Vernetzung und Kommunikation der Kreiswirtschaftsförderung mit den städtischen Wirtschaftsförderern im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit weiter intensivieren.

Unsere Wirtschaft ist zunehmend auf Einwanderung von Fachkräften angewiesen. Darum ist es für uns als Freie Demokraten wichtig, dass der Rhein-Kreis Neuss nicht nur allgemein ein guter Wirtschaftsstandort bleibt, sondern auch mit einer Willkommenskultur überzeugen kann. Die Mehrzahl hoch qualifizierter Fachkräfte spricht Englisch und nicht Deutsch. Daher setzen wir uns für die Einführung von Englisch als zweiter Verwaltungssprache in allen Behördenprozessen, bei denen ein direkter Kontakt zu Privatpersonen bzw. Unternehmen besteht, ein.

Als Freie Demokraten treten wir auch dafür ein, das große Potenzial des Rhein-Kreises Neuss für den Tourismus weitaus offensiver zu nutzen als bisher. Unser Ziel ist es, im Tourismus Wachstum durch Wertschöpfung zu generieren, indem ganzheitliche Wirtschaftskreisläufe geschaffen werden. Tourismus muss dabei als kommunales Querschnittsthema behandelt werden. Nur so lassen sich Synergien nutzen. Dies geht im Sinne eines ganzheitlichen Verständnisses über die rein wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus als hartem Wirtschaftsfaktor hinaus. Zu berücksichtigen sind dabei die Wechselwirkungen der Tourismuswirtschaft mit anderen Wirtschaftsbranchen und Aufgabenbereichen wie z. B.

Kultur, Sport, Städtebau und Dorfentwicklung sowie Baukultur, Landschafts- und Naturschutz.

Für uns Freie Demokraten darf Tourismus nicht nur aus der Perspektive der Gäste und Besucher gedacht werden, sondern muss als harter Standortfaktor ganz bewusst an der Lebenswirklichkeit der heimischen Bevölkerung sowie der Unternehmen der Region ausgerichtet werden. Hier hat der Rhein-Kreis Neuss einiges zu bieten. Unser Kreisgebiet verfügt über eine landschaftlich schöne Umgebung, besondere Kulturschätze, ein herausragendes Freizeitangebot sowie historische und architektonische Sehenswürdigkeiten, die es einzigartig und für auswärtige Gäste attraktiv machen. Hinzu kommen die zentrale Lage und die damit verbundene Nähe zu den Messestandorten Düsseldorf und Köln. Damit die Tourismuswirtschaft davon künftig noch mehr profitiert und die Tourismuseinkünfte in den kommenden Jahren dynamischer wachsen, muss aus unserer Sicht die touristische Struktur und Organisation im Rhein-Kreis Neuss noch besser optimiert und vorhandene Ressourcen effizienter eingesetzt werden.

Finanzen

Große Pläne erfordern auch große Disziplin. Denn nur da, wo vernünftig priorisiert und kalkuliert wird, stehen Mittel für die großen Pläne zur Verfügung. In Zeiten leerer öffentlicher Kassen und teilweise hochverschuldeter Kommunen setzen wir Freie Demokraten uns für eine solide und verantwortungsbewusste Finanzpolitik ein, die nicht nur die mittel- und langfristigen Ziele des Kreises verfolgt, sondern auch die angespannte Finanzlage der acht kreisangehörigen Kommunen stets im Blick hat.

Als Freie Demokraten wissen wir, woher das Geld kommt, das wir investieren wollen, und wer es erwirtschaftet. Damit vernünftig umzugehen, gebietet die Verantwortung gegenüber den Kreiskommunen und letztlich den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Eine populistische Gefälligkeitpolitik, die kurzfristig alle Wünsche erfüllt, aber langfristig zu Überschuldung und einer Erhöhung der Kreisumlage führt, lehnen wir als unverantwortlich ab. Wir setzen uns für eine planbare und niedrige Kreisumlage ein, die die finanziell angespannte Haushaltssituation der acht Kreiskommunen berücksichtigt.

Auch in den letzten sechs Jahren haben wir eine konsequente Schuldenabbaupolitik betrieben, sodass die Schulden von ursprünglich 130 Millionen Euro mittlerweile auf unter 30 Millionen Euro gesunken sind. Die Schulden des Kreises befinden sich damit aktuell auf einem historischen Tiefstand. Wir Freie Demokraten setzen uns für einen schuldenfreien Kreis und damit den Abbau der Restschulden in der nächsten Wahlperiode ein. Durch diese Politik des konsequenten Schuldenabbaus ist es möglich geworden, insbesondere durch die damit einhergehende Verringerung der Zinsbelastung, eine signifikante Senkung der Kreisumlage durchzusetzen. Die Kreisumlage ist in den Jahren 2019 und 2020 entsprechend prozentual so niedrig wie seit vielen Jahren nicht mehr und Ausdruck der soliden Haushaltsführung der letzten Jahre. Diese Politik wollen wir auch in den kommenden Jahren fortsetzen und damit die Haushalte der acht kreisangehörigen Kommunen entlasten.

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, die Steuer-, Gebühren- und Abgabenlasten so gering wie möglich zu halten und überall dort, wo es die Haushaltslage zulässt, die Belastungen für die Bürger und Unternehmen zu senken, z.B. die Grunderwerbssteuer.

Darüber hinaus setzen wir uns für die strenge Einhaltung des Konnexitätsprinzips ein. Leistungen, die vom Bund und vom Land beschlossen werden, sind auch von diesen zu finanzieren. Dies gilt vor allem für den immer teurer werdenden Sozialbereich, der mittlerweile mehr als 60 Prozent des Kreishaushaltes ausmacht.

Wir Freie Demokraten begrüßen in diesem Zusammenhang die bessere Finanzausstattung der Kommunen durch die aktuelle Landesregierung aus FDP und CDU. Ab 2020 bekommen die Kommunen wieder einen deutlich höheren Anteil vom Land aus dessen Steueraufkommen. Erstmals seit 2006 erreichen die Mittel für die Finanzierung der Gemeinden damit wieder die sogenannten „echten“ 23 Prozent. Die Gemeindefinanzierung erreicht insgesamt eine Rekordhöhe. Die Mittel, die Kommunen für Schulen und Sportinfrastruktur erhalten, werden erhöht und sind gegenseitig deckungsfähig, können also je nach örtlichem Bedarf auch zwischen den Fördertöpfen verschoben werden. Das Land übernimmt außerdem zentral das Einfordern von Unterhaltsforderungen gegenüber unterhaltspflichtigen Elternteilen und erhöht gleichzeitig den Landesanteil am Unterhaltsvorschuss. So werden die Kommunen finanziell und personell entlastet.

Strukturwandel und Energie

Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hat Anfang 2019 Empfehlungen zur Umsetzung eines ökologisch, ökonomisch und sozial verträglichen Strukturwandels in den Braunkohlerevieren ausgesprochen, die in das Eckpunktepapier der Bundesregierung eingeflossen sind für das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“. Klar ist, der Strukturwandel stellt eine Mammutaufgabe dar, die nur unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen möglich ist. Die Umsetzung stellt auch den Rhein-Kreis Neuss vor große Herausforderungen, da der Kreis nicht nur ein wichtiger Energieproduktionsstandort ist, sondern auch Heimat energieintensiver Industrien. Im Mittelpunkt steht dabei insbesondere die Schaffung neuer Arbeitsplätze, um den Wegfall von Arbeitsplätzen durch die Umsetzung des Strukturwandels zu kompensieren.

Die Energiepolitik auf kommunaler Ebene muss sich an den Grundsätzen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Umwelt- und Klimaschutz sowie soziale Akzeptanz orientieren. Dies bedeutet enorme Herausforderungen, denn vor allem Verbraucher werden auch durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) überproportional belastet. Als Freie Demokraten setzen wir uns daher für die Abschaffung des EEG ein, da es sozial ungerecht ist, vor allem kleine und mittlere Einkommen belastet, nicht zukunftstauglich ist und es allein die Stromwende fokussiert. Tatsächlich müssen wir eine umfassende Energiewende in den Blick nehmen, um die Klimaziele am effizientesten erreichen zu können. Neben mehr Marktwirtschaft statt immer steigender Subventionen müssen wir auch die Chancen der Digitalisierung in diesem Bereich nutzen. Das Energiesystem der Zukunft muss auf stabilen und leistungsfähigen Netzen und einer neuen, digitalen Infrastruktur aufbauen. Der zunehmende Stromanteil aus Erneuerbaren Energien erfordert einen Umbau des Energiesystems, um die Netzstabilität zu

gewährleisten. „Smarte“ Netze sind dabei Bündelungsstrukturen: Mit digitaler Technik werden dezentrale Erzeugungsanlagen gesteuert und vernetzt. Smart Energy nutzt zudem die Vorteile der Sektorkopplung: Durch das intelligente Zusammenspiel von Strom, Wärme und Mobilität wollen wir das Energiesystem der Zukunft gestalten.

Damit der Rhein-Kreis Neuss seine wirtschaftliche Stärke durch den Strukturwandel behält und sogar noch ausbaut, müssen gute Ideen und Projekte durch neue Technologien Realität werden. Für einen Kreis der Innovation müssen wir mutig sein und die Weichen jetzt richtig stellen. Wir müssen den Kreis zu einem Schwerpunkt für Forschungstechnologien alternativer Energiekonzepte und Smart Energy zusammen mit den umliegenden Hochschulen und Forschungszentren wie der RWTH Aachen oder dem Forschungszentrum Jülich entwickeln. Mit ausgereiften und bezüglich der Energiekosten konkurrenzfähigen Produkten wollen wir mit alternativen Energieproduzenten den Energiebedarf der ansässigen Industrien abdecken und zugleich zukunftssträchtige Arbeitsplätze für Fachkräfte in diesem Bereich generieren.

Wir Freie Demokraten fordern daher die Ausweisung von Flächen zur Ansiedlung von Energieparks, in denen etablierte Energieproduzenten und Start-Ups durch kurze Wege und Arbeiten auf engstem Raum voneinander profitieren können. Zusätzlich fordern wir schwerpunktmäßig in Zusammenarbeit mit geeigneten Institutionen, wie der IHK Mittlerer Niederrhein, Netzwerke zu gründen mit Schwerpunkten wie Automation, Industrie 4.0, Robotik, Informationstechnik, neue Werkstoffe, Leichtbauproduktion und auch Umwelttechnologien. Sie ergänzen vorhandene Strukturen und ermöglichen neue.

Im Zuge des Strukturwandels bedarf es auch konkreter und praktikabler Konzepte zur Flächennutzung. Das betrifft auch die Flächen der freiwerdenden Kraftwerksstandorte. Zugleich brauchen wir im Kreis ein umfassendes Konzept, um die Ansiedlung neuer Wertschöpfungsketten im sekundären, tertiären und quartären Sektor ermöglichen zu können. Um der gesamten Bandbreite von Fachkräften attraktive Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten zu können, muss für uns eine Ansiedlung dieser Unternehmen Priorität haben. Dies dient gleichsam der strukturierten Ansiedlung neuer Branchen in agglomerativer Form, um eine Vielzahl von möglichst weitreichenden Synergieeffekten zu generieren.

Digitalisierung und Verwaltung

Die Digitalisierung ist der größte Transformationsprozess für Wirtschaft und Gesellschaft seit der Industrialisierung und betrifft nahezu alle Lebensbereiche. Sie ist eines der wichtigsten Themen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Rhein-Kreises Neuss. Hier müssen heute die Weichen für die nächsten Jahrzehnte richtiggestellt werden, zur Sicherung von Standorten, der wirtschaftlichen Entwicklung, Bildung und Weiterbildung sowie für eine bürgerfreundliche und serviceorientierte Verwaltung. Der Rhein-Kreis Neuss muss zur smarten Region werden.

Wenn wir jedoch von den Möglichkeiten träumen, die die Digitalisierung bereithält, müssen wir zunächst die notwendige Infrastruktur dafür schaffen. Digitalisierung funktioniert nicht

ohne Netze. In der modernen Gesellschaft ist die Versorgung mit schnellem Internet Teil der Grundversorgung und Voraussetzung für Innovation und Teilhabe an der Digitalisierung. Wir brauchen Gigabit-Infrastrukturen in der Fläche für den gesamten Rhein-Kreis Neuss. Die digitale Infrastruktur betrifft mit dem Internet der Dinge unseren Alltag, mit Smart Health unsere Gesundheit, mit Smart Home unsere Gebäude, mit Smart Mobility unsere Mobilität und gewährleistet mit Smart Learning und digitalen Bildungsplattformen Bildungschancen sowie vieles mehr. Wir können es uns nicht leisten, auf der Datenautobahn im Stau zu stehen, sondern brauchen hochleistungsfähiges Internet für einen schnellen Down- und Upload. Glasfaser, lückenlose 5G-Mobilfunknetzabdeckung bis zur „letzten Milchkanne“, WLAN-Hotspots, Freifunk-Angebote und LoRaWAN müssen im Kreis Standard werden. Wir Freie Demokraten fordern daher die schnellstmögliche Umsetzung der „5G-Modellregion“ für den Rhein-Kreis Neuss. In diesem Zusammenhang wollen wir Genehmigungsverfahren beschleunigen, mögliche Standorte für Funkmasten prüfen und wo möglich Flächen und Gebäude des Kreises bereitstellen. Diese wichtigen Themen müssen aus unserer Sicht in einem Ausschuss gebündelt, behandelt und untersucht werden, um jederzeit schnell und fachpolitisch effektiv auf die wechselnden Rahmenbedingungen reagieren und neue Akzente setzen zu können.

Ein moderner und innovativer Wirtschaftsstandort wie der Rhein-Kreis Neuss braucht auch eine serviceorientierte Kommunalverwaltung. Kontakte von Bürgern, Unternehmen und Gewerbetreibenden zur Verwaltung sollten schnell, einfach, digital und unbürokratisch gestaltet sein, um mehr Transparenz in den kommunalen Verwaltungsprozessen zu bieten und Behördengänge zu erleichtern oder direkt vom Computer, Tablet oder Smartphone aus zu jeder Tages- und Nachtzeit zu ermöglichen. Gerade vor dem Hintergrund des Strukturwandels im Rahmen der Energiewende sollten Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter vereinfacht und vor allem beschleunigt werden. Hierbei ist ebenfalls eine praxisnähere und intensivere Information und Beratung kleiner und mittelständischer Unternehmen in Fragen öffentlicher nationaler und europäischer Fördermittelprogramme notwendig.

Mit Angeboten wie dem „Pflegefindex“ oder „mein StVA“ hat unser Kreis bereits erste Services als App zugänglich gemacht. Solche Möglichkeiten wollen wir ausbauen. Dazu möchten wir u. a. alle bestehenden und künftigen digitalen Dienstleistungen und Informationsquellen in einer einzigen App bündeln. So können die Einwohner unseres Kreises alle digitalen Angebote des Rhein-Kreises an einer Stelle sehen und in Anspruch nehmen, anstatt regelmäßig "App-Hopping" betreiben zu müssen.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass der Rhein-Kreis Neuss die Errichtung von kostenlosen WLAN-Hotspots in den Innenstädten der Kommunen fördert. Dadurch sollen alle Einwohner sowie Besucher unseres Kreises einen freien Zugang zu schnellem Internet in den Innenstädten bekommen.

Wir Freie Demokraten fordern seit Jahren, dass überall wo es möglich ist, die acht Kreiskommunen interkommunale Kooperationen sowohl untereinander als auch mit dem Kreis und über die Kreisgrenzen hinaus eingehen sollen. Das Bündeln von Kompetenzen und Erfahrungen sowie einheitliche Standards und Prozesse in der Bearbeitung erhöhen die Effizienz, verringern damit Kosten und setzen vor allem personelle Ressourcen in den Verwaltungen frei. Das Management der geplanten Veränderungen ist der erste Schritt, der

zweite ein verwaltungseigenes Controlling und Qualitätsmanagement. Die Bündelung sollte sich nicht auf Kompetenzen beschränken, sondern auch die physischen Fähigkeiten der Kommunen erfassen. Das kann bedeuten, dass Maschinen und Bedienpersonal überkommunal eingesetzt werden. Es muss vermieden werden, dass Ausstattung doppelt angeschafft und dann nicht ausgelastet wird, weil die unterschiedlichen Verwaltungen keine Kenntnis über die maschinelle und personelle Ausstattung der anderen haben. Hier sollten die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden: Eine entsprechende Datenbank ist anzulegen.

Interkommunale Kooperationen sind auch im Bereich IT sinnvoll und erstrebenswert. Die Devise muss lauten: Keine Insellösungen, sondern einheitliche Konzepte. Mit dem kommunalen IT-Dienstleister, der ITK-Rheinland, sind der Kreis und die Kreiskommunen zusammen mit der Landeshauptstadt Düsseldorf und der Stadt Mönchengladbach breit aufgestellt. Diese Kooperation bietet uns schon heute viele Vorteile wie günstigere Preise im zentralen Einkauf oder gesenkte Kosten im vereinheitlichten IT-Support. Gerade solche Effizienzpotentiale müssen in Zukunft noch verstärkter genutzt werden.

Unterstützung im Bereich der Digitalisierung kommt auch vom Land, denn die geförderten „Digitalen Modellkommunen“ sind als digitale Pioniere aufgestellt, um in den Bereichen Smart Government und Smart City Anwendungen und Standards zu entwickeln, die auf andere Kommunen übertragbar sein müssen. Die gefundenen Lösungen wollen wir schnellstmöglich auch für den Rhein-Kreis Neuss aufgreifen. Hierbei ist jedoch stets darauf zu achten, dass bei allen Lösungen eine sichere und vertrauliche Kommunikation sowie ein Höchstmaß an Datenschutz gewährleistet werden.

Unser Ziel ist zudem, dass die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in der Verwaltung eine zentrale Anlaufstelle - „Einheitlicher Ansprechpartner“ oder auch One-Stop-Agency genannt - haben. Hier nimmt ein Ansprechpartner sich den Wünschen des Kunden an, stellt Informationen zu Verfahren zur Verfügung und wird als Lotse sowie Verfahrenskoordinator bei allen Verwaltungsfragen für den Kunden tätig. Auf unsere Initiative wurde eine solche Institution im Rhein-Kreis Neuss eingerichtet, die heute zusammen mit der Stadt Mönchengladbach Ihre Dienste anbietet. Solange noch keine vollumfassende Digitalisierung der Antragsverfahren umgesetzt ist, fordern wir die Öffnung der Verwaltungsgebäude an einem Samstag im Monat, um auch berufstätigen Kunden einen einfachen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen zu ermöglichen.

Gerade in der digitalen Welt bieten sich gute Möglichkeiten, echte Barrierefreiheit zu gewährleisten. Das beginnt bei den digitalen Angeboten des Kreises, die für Menschen mit Behinderung erreichbar und nutzbar sein müssen. Neben Anwendungen für Menschen mit Seh- und Hörbehinderung wollen wir auch konsequent „Leichte Sprache“ in alle Angebote einbinden. Digitale Zugänge erleichtern es zudem auch Eltern mit kleinen Kindern oder Seniorinnen und Senioren Angebote des Kreises wahrzunehmen.

In Zeiten von Fachkräftemangel fällt es auch den Verwaltungen im Rhein-Kreis Neuss zunehmend schwer, qualifiziertes Personal zur Aufgabenwahrnehmung insbesondere auch im IT-Bereich einzustellen. Nicht selten bezahlt die freie Wirtschaft, insbesondere in den technischen Berufen, das Doppelte dessen, was der öffentliche Dienst bieten kann. Auf dem Arbeitsmarkt hat der öffentliche Dienst deutliche Wettbewerbsnachteile gegenüber Banken,

Handel, Dienstleistungen, Gewerbe und Industrie. Die Verwaltungen sollten daher im Fall der Personalauslese oder bei drohender Abwanderung von qualifiziertem Personal mehr Entscheidungsfreiheiten in der Gehaltsbemessung bekommen bis hin zur Gewährung besonderer Leistungszulagen und verbesserter Aufstiegsmöglichkeiten. Als Freie Demokraten setzen wir uns deshalb für mehr Flexibilität bei Personalauslese und Besoldung ein. Zudem fordern wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf z. B. durch flexible Arbeitszeiten, Teilzeitmodelle und Möglichkeiten von Mobile Working. Hierzu zählen auch eine bessere Unterstützung von Rückkehrerinnen und Rückkehrern nach Elternzeit und Freizeitphasen, z.B. durch Schulungsangebote, um den „Stand der Technik“ zu halten. Je höher die Ansprüche an eine agile, serviceorientierte und schnell reagierende Verwaltung werden, desto besser muss für uns auch die Arbeitsplatzgestaltung und desto höher muss die Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sein. Die neue Arbeitswelt soll nicht nur bei den Rahmenbedingungen der Arbeit zum Tragen kommen, sondern sich auch in den alltäglichen Aufgaben widerspiegeln. Wir fordern langfristig die Einführung agiler Arbeitsmethoden in allen Bereichen der Verwaltung. Kurzfristig sollen die bestehenden Modellprojekte evaluiert und weiter ausgebaut werden, um ein umfassenderes Bild von den Erfolgen der Umstellungen zu erhalten.

Bildung und Familie

Bildung

Beste Bildung und berufliche Qualifikation entscheiden über die Lebenschancen jedes Einzelnen genauso wie über das Wohlergehen unserer Gesellschaft insgesamt. Sie sind nicht nur die Voraussetzung für sozialen Aufstieg, gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben, sondern gleichzeitig auch der Schlüssel für Wachstum, Wohlstand und Fortschritt. Für uns Freie Demokraten haben Bildung, Weiterbildung, berufliche Qualifizierung und lebenslanges Lernen daher einen sehr hohen Stellenwert. Alle Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sollen gezielt entsprechend ihrer Begabungen gefördert werden. Wir wollen Ihnen die individuelle Chance bieten, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen und unabhängig von Herkunft, Elternhaus und Wohnanschrift den sozialen Aufstieg zu schaffen, den sie erreichen wollen. Als Träger von vier Berufsbildungszentren und acht Förderschulen steht der Rhein-Kreis Neuss nicht nur hier in direkter Verantwortung.

Jedes Kind hat ein Recht auf bestmögliche Förderung von Anfang an. Die Stärkung der frühkindlichen Bildung, sowohl in den Kindertageseinrichtungen als auch der Kindertagespflege, hat deshalb größte Wichtigkeit. Deshalb bauen wir mit Hilfe des Landes die frühkindliche Bildung aus und schaffen damit Lern- und Spielumgebungen für jede Menge fröhliches Kinderlachen. Mit dem „Pakt für Kinder und Familien“ und der Novelle des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) investiert die schwarz-gelbe Landesregierung wie versprochen stark in die frühkindliche Bildung. Ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 stehen zusätzliche jährliche Mittel in Höhe von insgesamt 1,3 Milliarden Euro bereit. Damit wird die auskömmliche Finanzierung der Kindertagesstätten gesichert. Wir Freie Demokraten legen auch zukünftig Wert auf einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze in Kindertagesstätten und der Kindertagespflege im Jugendamtsbereich des Kreisjugendamtes, damit auch in Zukunft für jedes Kind ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht.

Daneben gibt das Land eine Kitaplatz-Ausbaugarantie. Das heißt, jeder Platz der vor Ort zusätzlich geplant wird, damit jedes Kind einen geeigneten Betreuungsplatz findet, wird auch gefördert. Zusätzlich werden alle Familien durch ein weiteres beitragsfreies Jahr finanziell entlastet. Diese Gesetzesnovelle ist ein Meilenstein, den die Freien Demokraten federführend umgesetzt haben.

Der frühe Besuch eines Kindergartens oder einer Kindertagesstätte wirkt sich positiv auf die Entwicklung der Kinder aus und ist ein zentraler Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Es ist für uns Freie Demokraten sehr wichtig, dass die zur Einschulung vorausgesetzten Kenntnisse und Fähigkeiten in den Betreuungseinrichtungen in der Breite vermittelt werden. Eine Schlüsselqualifikation ist hier unbestreitbar die Sprachkompetenz. Die Sprachförderung insbesondere auch bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die immer noch eine Bildungsbenachteiligung gegenüber deutschen Schülerinnen und Schülern aufweisen, muss weiter intensiviert werden.

Wir unterstützen die Anstrengungen bei der Gewinnung von Fachkräften in der Klein- und Schulkindbetreuung. Die Anerkennung der Leistung von Erzieherinnen und Erziehern ist für uns eine wesentliche Voraussetzung dafür.

Auf kommunaler Ebene treten wir Freie Demokraten dafür ein, die Schulautonomie zu stärken und die Bildungsvielfalt im Rhein-Kreis Neuss zu erhalten. Wir setzen deshalb im Kreis auf eine vielfältige Schullandschaft mit unterschiedlichen Schulformen - ob privat oder staatlich - mit einer möglichst hohen Durchlässigkeit. Unser Schulangebot ist bunt und soll es auch bleiben. Wir werden keine Schulform benachteiligen, damit jedes Kind den bestmöglichen Weg für eine gute individuelle Förderung und den eigenen Aufstieg finden kann.

Auch und gerade bei der gemeinsamen Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung ist es uns wichtig, die Wahlfreiheit der Eltern zu erhalten. Daher sind für uns die Förderschulen im Rhein-Kreis Neuss neben der Möglichkeit zum Besuch einer Regelschule auch weiterhin ein wichtiger Baustein in der Bildungslandschaft, die wir unterstützen und fördern.

Bei der schulischen Inklusion setzen wir auf Qualität. Wir begrüßen deswegen das Umsteuern der Landesregierung unter Federführung der Freien Demokraten bei der Umsetzung der schulischen Inklusion, sodass jetzt endlich Qualität vor Tempo gilt. Denn nur das wird Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf gerecht. Schulen brauchen eine angemessene (personelle) Ausstattung, damit Inklusion gelingt. Schulen im gemeinsamen Lernen sind auf das Fachwissen und die Erfahrung von Sonderpädagoginnen und -pädagogen angewiesen. Wir begrüßen daher, dass deutlich mehr Lehrerstellen nach Kreissozialindex verteilt werden und es perspektivisch einen schulscharfen Sozialindex geben soll. Denn auf dem Weg zu mehr Chancengerechtigkeit ist es ein wichtiger Schritt, dass wir besondere Bedarfe auch besonders berücksichtigen, also Schulen mit besonderen Herausforderungen auch mehr Unterstützung bekommen. Dafür treten wir ein.

Bei der Betreuung von Grundschulern im Rahmen der Offenen Ganztagschule (OGS) setzen wir auf die Entscheidungsfreiheit der Eltern. Deshalb begrüßen wir die durch die aktuelle Landesregierung gestärkte Flexibilität, mit der Eltern nun die Möglichkeit haben, ihre Kinder an einem regelmäßigen, festen Termin oder aufgrund besonderer Anlässe von der Ganztagsbetreuung freistellen zu lassen. So bleibt Freiraum für die Interessen der Kinder und Entscheidungen in der Familie. Wir setzen uns außerdem für einen weiteren Ausbau der Ganztagsplätze ein. Die Zusammenarbeit mit Vereinen im Rahmen des Ganztags wollen wir stärken.

Wir Freie Demokraten begrüßen es, dass Schulsozialarbeiter Eltern und Kinder zukünftig auch dabei unterstützen können, die Fördermöglichkeiten des Bildungs- und Teilhabepakets tatsächlich zu nutzen. Konkret heißt das, dass durch die Beratung und Unterstützung von Schulsozialarbeitern die finanziellen Fördermöglichkeiten, beispielsweise für den Mitgliedsbeitrag in einem Sportverein oder der Musikschule, auch genutzt werden sollen. Wir setzen uns zudem dafür ein, die Angebote der Jugendhilfe besser mit der Schulsozialarbeit und den Sozialarbeiterstellen an den Schulen zu vernetzen. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen Ansprechpartner haben, an die sie sich mit Sorgen und Fragen wenden können und die bei Konfliktsituationen helfen.

Beste Bildung kann nur gelingen, wenn den Schülerinnen und Schülern nicht im wahrsten Sinne des Wortes die Decke auf den Kopf fällt. Wir wollen deswegen die Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden konsequent weiter vorantreiben und so ein modernes Lernumfeld schaffen. Unterricht in Containern muss durch Festbauten - insbesondere in Grundschulen - mit klarer Perspektive beendet werden. Zudem gehören in die Schulen auch WLAN und eine moderne IT-Infrastruktur. Das ist die Voraussetzung, damit Bildung in der digitalen Welt ankommen kann. Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung der Bildung vorantreiben und dazu die Mittel des Digitalpaktes zügig und zielgerichtet verwenden. Auch weitere Fördermöglichkeiten sollen ausgeschöpft werden, um die Digitalisierung an den Schulen schnellstmöglich umzusetzen.

Wir setzen uns für stärkere Kooperationen zwischen Unternehmen und Schulen ein, damit Schülerinnen und Schüler frühzeitig praxisnahe Einblicke in den Arbeitsablauf der Unternehmen erhalten. Dadurch wird ihnen die Berufsorientierung sowie der Eintritt in das Berufsleben erleichtert. Der Rhein-Kreis Neuss muss unbürokratische Angebote schaffen, um Schulen und Unternehmen eine Plattform zur Zusammenarbeit zu geben.

Als Freie Demokraten wollen wir die Verbindung mit den Hoch- und Fachhochschulen der Region im Interesse des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes weiter intensivieren. Wir fordern, dass der Rhein-Kreis Neuss in Zusammenarbeit mit den beteiligten Institutionen, Unternehmen und Verbänden den Hochschul- und Wissenschaftsstandort stärkt und durch weitere Angebote ergänzt. Wir wollen der Hochschullandschaft in der Region die Möglichkeit eröffnen, neue Standorte auf geeigneten Flächen in unseren Kreiskommunen wie z. B. in Grevenbroich gerade auch im Rahmen des Strukturwandels zu gründen, damit diese bekannte und neue Forschungsschwerpunkte auf vielfältigste Art und Weise generieren können.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, den Zugang zum Studium generell zu erleichtern. Fachkräfte mit beruflicher Erfahrung wie z. B. Handwerks- oder Industriemeister sollen

leichter auch ohne Abitur an einer Hochschule studieren können. Damit kann aus unserer Sicht sowohl ein Beitrag zur Vermeidung des existierenden Fachkräftemangels geleistet als auch eine bessere Vernetzung des Hochschulstudiums und der Berufspraxis erzielt werden.

Die Arbeitswelt befindet sich in einer Phase des Umbruchs und damit auch die berufliche Bildung. Im Zuge der Digitalisierung sind in den vergangenen Jahren viele neue Arbeitsbereiche und Tätigkeitsfelder entstanden. Der Bedarf an entsprechenden Fachkräften im Bereich Informatik wird in den kommenden Jahren sowohl in der Wirtschaft als auch auf Seite der öffentlichen Hand noch deutlich steigen. Dies droht zu einem ernsthaften Problem für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung zu werden, denn schon heute besteht im IT-Bereich ein Fachkräftemangel. Ursache dafür ist auch, dass passende IT-Bildungsangebote derzeit vor allem Jugendlichen mit allgemeiner Hochschulreife oder Fachhochschulreife zur Verfügung stehen. Jugendliche mit einem mittleren Schulabschluss finden dagegen am ersten Ausbildungsmarkt aufgrund eines hohen Anforderungsniveaus der IT-Berufe nur sehr selten einen Ausbildungsplatz. Neue Bildungsangebote wie die Einführung einer Fachoberschule Informatik würden aus unserer Sicht genau diese Lücke schließen. Schülerinnen und Schülern mit einem mittleren Schulabschluss könnten sich so zwei Jahren für den ersten Ausbildungsmarkt qualifizieren, so dass die Chance auf einen beruflichen Einstieg im IT-Bereich deutlich verbessert wird. Gleichzeitig wollen wir die Potenziale der beruflichen Bildung auch in diesem wichtigen Fachbereich heben und damit zu einer Stärkung des Erfolgsmodells berufliche Bildung beitragen.

Wir Freie Demokraten wollen, dass niemand in der digitalen Entwicklung abgehängt wird. Deshalb unterstützen wir auch die Einrichtung von digitalen Bildungsplattformen, zu der alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem formellen Bildungsgrad, Zugang bekommen sollen. Die Digitalisierung ist eine historische Chance, Wissen und Bildung weit über Klassenräume und Lehrsäle hinaus zugänglich zu machen.

Klima- und Umweltschutz

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung. Eine Herausforderung, der sich Deutschland, Europa und die gesamte Welt stellen muss. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat sich verpflichtet, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Unter anderem soll über den Ausbau erneuerbarer Energien, dem Ausstieg aus der Kohleverstromung, der CO₂-Bepreisung, der Förderung von Elektromobilität, klimafreundlichen Heizungen oder energiesparenden Gebäudesanierungen eine Reduktion von Treibhausgasen erzielt und somit dem Klimaschutz Rechnung getragen werden.

Wir Freie Demokraten stehen für eine ausgewogene Klima- und Umweltpolitik, bei der wir auch die Belange und finanzielle Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Unternehmen mit berücksichtigen. Wir folgen dabei keinen ideologischen Vorgaben, sondern setzen auf Technologieoffenheit und Wettbewerb bei den drängenden Fragen der anstehenden klima- und umweltpolitischen Herausforderungen.

Wir setzen dabei vor allem auf den Einsatz und die Weiterentwicklung moderner Technologien für den ressourcenschonenden Umgang mit der Umwelt, denn wir wissen:

Ökologische Ziele lassen sich besser und günstiger durch Innovation, Wettbewerb und Effizienzsteigerungen erreichen als durch Planwirtschaft und Bürokratie. Wir wollen erfinden und nicht verhindern, bevormunden oder verbieten. Statt auf ideologische Symbolpolitik ohne echten nachhaltigen Nutzen, wie z. B. Umweltzonen, Umweltpuren oder Fahrverbote in den Großstädten oder das Ausrufen des „Klimanotstands“, setzen wir auf ganz konkrete Innovationen und Maßnahmen, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Dazu gehören auf kommunaler Ebene unter anderem der Neu- oder Ausbau von Radwegen, Maßnahmen für einen leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr und der Ausbau der Ladeinfrastruktur für alternative Antriebstechnologien. Die Einrichtung von Natur- und Erholungsflächen ist ebenso wirksam wie die Unterstützung von Garten- oder Artenschutzprojekten, wie insektenfreundliche Grünflächen. Die Ausweisung von Flächen für neuen und umweltfreundlichen Wohnraum und die Unterstützung der energiesparenden Sanierung von bestehendem Wohnraum sind wichtige Bestandteile einer regionalen Klimapolitik.

Mit einem kommunalen Konzept zur effizienten Nutzung erneuerbarer Energien - also beispielsweise der Installation von Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Gebäuden, die neben den Verwaltungsgebäuden auch E-Ladesäulen mit Strom versorgen - wollen wir zudem einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Dabei wollen wir die erneuerbaren Energien ausbauen und dafür die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger gewinnen. Das gilt insbesondere für den Ausbau der Windenergie, bei dem wir uns deswegen für einen ausreichenden Abstand zu Wohngebieten und Flächen außerhalb des Waldes einsetzen.

Außerdem sprechen wir uns für Maßnahmen aus, die innerstädtisch zu einer Verbesserung der Lebensqualität beitragen - beispielsweise die Sicherung von Frischluftschneisen, Beschattung und Maßnahmen gegen die Erhitzung sowie die Begrünung unter anderem von Gebäuden und Bushaltstellen.

Der Erhalt des Waldes sowie von wohnortnahen Naturräumen sind wesentliche Faktoren, damit der Rhein-Kreis Neuss weiterhin ein Ort mit hoher Lebens- und Erholungsqualität ist. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Förderung der Biodiversität ein. Wir wollen dazu die verfügbaren Förderprogramme des Landes nutzen und auf kommunalen Flächen Maßnahmen voranbringen, die dazu beitragen, dass sich möglichst viele verschiedene Tier- und Pflanzenarten dort ansiedeln. Wir setzen uns außerdem für einen Runden Tisch mit Vertreterinnen und Vertretern der örtlichen Waldbesitzer ein, um den Zustand des Waldes vor Ort zu bewerten und die Schadenbeseitigung sowie Wiederaufforstungsmaßnahmen zu koordinieren. Dies soll in einer kommunalen Waldstrategie münden.

Tierschutz ist ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Anliegen. Tierschutz bedeutet für uns Freie Demokraten, allen Tieren ein artgerechtes Leben zuzubilligen. Neben dem im Grundgesetz verankerten Tierschutz setzen wir besonders auf die Selbstverantwortung von Tierhaltern und -nutzern und schätzen das ehrenamtliche Engagement für das Wohl unserer Mitgeschöpfe. Wir setzen uns für eine artgerechte Tierhaltung und -ernährung sowie deren effektive Kontrolle durch das Kreisveterinäramt ein.

Ein wichtigstes Zukunftsthema, das auch die Umwelt betrifft, ist, wie wir vor Ort mit unseren Abfällen umgehen. Als Freie Demokraten sehen wir den Trend zur Kommunalisierung in der Abfallwirtschaft kritisch. Private Entsorger haben gerade in den vergangenen Jahren

bewiesen, dass sie in Zukunftstechnologien investieren. Wir stehen daher für den Einsatz von privaten Entsorgern in der Abfallwirtschaft. Nur wenn es keine privatwirtschaftlichen Interessenten in einer Ausschreibung gibt, soll die öffentliche Hand einen Teil der Abfallwirtschaft selbst übernehmen. Für uns gilt: Privat vor Staat.

Wir setzen weiterhin auf Technologieoffenheit in den Entsorgungssystemen. Durch technische Lösungen kann Mülltrennung künftig bei privaten Haushalten reduziert werden. Diese technischen Lösungen sind gerade in Innenstädten aufgrund des Platzmangels zusätzlichen Tonnen vorzuziehen. Als Freie Demokraten setzen wir uns zudem für ein transparentes Verfahren ein, welches die Bürgerinnen und Bürger vor dem Hintergrund vielerorts knapp werdender Erddeponien, die deshalb in den kommenden Jahren neu ausgewiesen und erweitert werden müssen, rechtzeitig informiert. Hier muss ein fairer Ausgleich für die Kommunen geschaffen werden, welche weitere Deponiekapazitäten anbieten.

Soziales, Wohnen und Gesundheit

Soziales

Für uns Freie Demokraten im Rhein-Kreis Neuss ist eine wirtschaftlich erfolgreiche Politik ohne eine starke soziale Komponente nicht denkbar. Dabei wollen wir denjenigen helfen, die selbst nicht dazu in der Lage sind. Dies erfordert eine Konzentration auf das Wesentliche: Sozialleistungen sollen den Betroffenen helfen, aber auch einen Anreiz zur Selbsthilfe und Eigeninitiative bieten.

Für uns Freie Demokraten haben alle Menschen die Chance und das Recht, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Unser Ziel ist es, für alle Menschen mit Behinderungen neben den gesetzlichen Vorgaben bestehende Barrieren und vorhandene Diskriminierungen in allen Lebensbereichen abzubauen sowie die notwendige Hilfe und Förderung nach den originären Bedürfnissen jedes Einzelnen anzubieten und zu gestalten.

Der Kreis selbst hat mit großem finanziellen Aufwand systematisch Maßnahmen zur Früherkennung und Prävention von Behinderung, Selbsthilfeinitiativen von und für Menschen mit Behinderung, Fördereinrichtungen u. a. in den Bereichen Bildung, Wohnen und Arbeiten erfolgreich unterstützt und aufgebaut. Diesen Weg wollen wir auch in Zukunft weiter verfolgen.

Wir Freie Demokraten stehen für eine Politik mit gleichen Chancen von allen Geschlechtern in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen ohne Diskriminierung, jedoch ohne gesetzlich fest vorgegebene Quoten. Wir unterstützen Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen, die eine unverzichtbare Arbeit leisten. Zudem setzen wir uns für den Erhalt von Kinderschutzräumen in den Frauenhäusern ein.

Ein wichtiger Bestandteil im sozialen Miteinander ist die Einbindung und Versorgung älterer Menschen. Die demographische Entwicklung wird den Anteil der älteren Menschen in unseren Kreiskommunen in den kommenden Jahren deutlich erhöhen. Seniorenpolitik wird

allerdings heute noch zu oft aus der Perspektive möglicher Benachteiligung oder Pflegebedürftigkeit gesehen. Diese Aspekte müssen zwar auch weiterhin Berücksichtigung finden, jedoch sind ältere Menschen heute engagierter und mobiler denn je. Ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihre Leistungsbereitschaft sind unverzichtbar und ein großes Potenzial für den Rhein-Kreis Neuss und die Gesellschaft insgesamt. Wir Freie Demokraten wollen dieses Potenzial nutzen und mit einer seniorengerechten Planungspolitik ihren Lebens-, Wohn-, Mobilitäts- und Freizeitbedürfnissen gerecht werden. Deshalb fördern und unterstützen wir die ehrenamtlichen Tätigkeiten von Seniorinnen und Senioren und einen intensiven Generationendialog. Ältere und jüngere Generationen erfahren so gegenseitige Verständigung und Rücksichtnahme miteinander. Ebenso ist ein weiterer Ausbau der ambulanten Betreuungsangebote nach unserem Grundsatz „ambulant vor stationär“ erforderlich mit dem Ziel, das Wohnen in den eigenen vier Wänden so lange wie gewünscht zu ermöglichen.

Generationenübergreifende Projekte wie etwa das Mehrgenerationenwohnen sowie die Aktivitäten zur Stärkung der Nachbarschaft mit dem Ziel der Quartiersbildung sollten aus unserer Sicht daher unterstützt und ausgebaut werden. Dazu gehört auch eine wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sowie ein seniorengerechtes Angebot an haushaltsnahen Dienstleistungen und Freizeitaktivitäten, die auch ältere Menschen ansprechen.

Bei der steigenden Rate der Jugendkriminalität werden gut funktionierende, erfolgreich präventiv arbeitende, Jugendeinrichtungen immer wichtiger. Deshalb müssen die Angebote dort stärker als bisher begleitet und evaluiert werden. Die Eingliederung jugendlicher Arbeitsloser durch wirkungsvolle Qualifizierungsmaßnahmen muss nachhaltig gefördert werden. Hierbei muss die berufliche Qualifikation im Vordergrund stehen. Wir unterstützen daher solche Projekte wie „AusBildung wird was - Spätstarter gesucht“, das von der Arbeitsagentur und dem Jobcenter angeboten wird. Zudem fordern wir eine engere kreisweite Zusammenarbeit zwischen Jobcentern und Jugendämtern.

Wohnen

Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Der Wohnungsmarkt ist jedoch heutzutage angespannt, auch im Rhein-Kreis Neuss. Viele Mieterinnen und Mieter kämpfen mit den steigenden Wohnungspreisen. Der Wunsch nach mehr Wohnfläche, die Zunahme von Einpersonenhaushalten und natürlich auch der Zuzug in die Städte haben Wohnraum knapp werden lassen. Ein bezahlbares Angebot an Wohnraum zu schaffen und zu sichern, hat für uns Freie Demokraten eine hohe Priorität.

Das beste Mittel gegen knappen Wohnraum und steigende Mieten ist es, mehr Angebote an neuem Wohnraum zu schaffen. Wir Freie Demokraten erteilen daher allen Bestrebungen nach mehr Bürokratie oder Quoten eine klare Absage. Durch Sozialquoten, Mietobergrenzen oder Schutzsatzungen für Bestandsmieter entsteht keine einzige zusätzliche Wohnung. Solche Maßnahmen verwalten das Problem nur und tragen nicht zu seiner Lösung bei.

Zudem wollen wir kommunale Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen, damit wir mit dem Bauen schneller vorankommen. Außerdem dürfen

kommunale Steuern und Abgaben nicht weiter steigen. Insbesondere die Erwerbsnebenkosten und die Grundsteuer sind hier wichtige Faktoren. Darüber hinaus müssen gesetzliche Regulierungen sowie staatliche Preistreiber beispielsweise bei Fragen der Energieeinsparung so zurückgedreht werden, dass sie nicht weitere Investitionen verhindern. Vermieten muss wieder attraktiver werden, damit Mieterinnen und Mieter ein ansprechendes und bezahlbares Angebot vorfinden. Auch private Wohnungsbau-genossenschaften oder Wohngemeinschaften können hier der richtige Ansatz sein, der eine kommunalpolitische Unterstützung verdient

Als Freie Demokraten setzen wir uns auch für die Bereitstellung ausreichender neuer Flächen für weitere Wohngebiete ein. Wir wollen die Möglichkeiten des novellierten Landesentwicklungsplans nutzen, um Flächen für Wohnraum auszuweisen, wo diese benötigt werden. Auch die besser zugängliche Eigentumsförderung erleichtert es jungen Familien, sich den Traum vom eigenen Haus zu erfüllen. Denn wer sich die eigenen vier Wände kauft, der macht oft eine Mietwohnung frei. Die Förderung von Eigentum und die Bereitstellung von Flächen für Eigentumsmaßnahmen dienen damit auch der Entlastung des Mietmarktes.

Auch der demografische Wandel verlangt nach immer mehr barrierefreien Wohnungen. Wir Freien Demokraten begrüßen daher die zunehmende Entwicklung von sozialraum-orientierten Mehrgenerationenkonzepten, in denen sich Alt und Jung gegenseitig unterstützen und zusammenleben können. Wir wollen damit breiten Kreisen der Bevölkerung sowie älteren Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in ihren eigenen vier Wänden ermöglichen.

Gesundheit

Eine bestmögliche, bevölkerungsnahе medizinische Versorgung zählt zu den zentralen Aufgaben kommunaler Daseinsvorsorge. Als Freie Demokraten setzen wir auf die drei Säulen einer erfolgreichen Gesundheitspolitik: Prävention, Behandlung und Rehabilitation. Ärzteschaft, Krankenhäuser, private Kliniken, Apotheker sowie Selbsthilfegruppen leisten alle einen wichtigen Beitrag zur Qualität der Gesundheitsversorgung bei uns im Rhein-Kreis Neuss.

Unser neu geschaffenes Rheinland Klinikum, das die beiden Rhein-Kreis Kliniken in Dormagen und Grevenbroich sowie das Neusser Lukaskrankenhaus und die Rheintor Klinik in Neuss unter einem Dach vereint, gehört mit seinen 3.800 Beschäftigten und fast 1.200 Betten bundesweit zu den zehn größten Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft und ist eine wichtige Stütze des Gesundheitssystems im Rhein-Kreis Neuss. Außerdem gehören unter anderem drei Pflege- und Seniorenheime sowie als Tochtergesellschaften die bald elf Kindertagesstätten der LuKiTa und zwei Medizinische Versorgungszentren (MVZ) zum Konzern.

Wir Freie Demokraten wollen sicherstellen, dass das Rheinland Klinikum auch in Zukunft erfolgreich arbeiten kann. Hierzu muss das Profil des jeweiligen Standortes noch mehr geschärft, mögliche Spezialisierungen ausgebaut und auf höchstem technischen und medizinischen Stand weiterentwickelt werden. Eine verstärkte Zusammenarbeit im Gesundheitswesen auch mit Dritten - im Kreisgebiet und über die Kreisgrenzen hinweg,

gerade auch in den Bereichen Wissenschaft und Forschung - sollte immer dann erfolgen, wenn sich daraus Vorteile für die medizinische Versorgung der Patienten und Synergieeffekte für alle beteiligten Kooperationspartner ergeben.

Dem Ärztemangel in unserer Region müssen wir durch attraktive Rahmenbedingungen entschieden entgegentreten. Wir treten dafür ein, dass auch der Kreis hier eine aktive Rolle übernimmt, z. B. durch Starthilfen für junge Ärzte. Mit der Vergabe der Landarzt-Studienplätze, die durch die aktuelle Landesregierung zum Wintersemester 2019/2020 erstmalig eingeführt wurde, ist ein auch wichtiger, wenn auch mittelfristig wirkender Schritt zum Erhalt der ärztlichen Versorgung in ländlicheren Regionen getan.

Eine qualitativ bessere ärztliche Versorgung kann auch durch die Nutzung digitaler Kommunikation zwischen Arzt und Patient sowie zwischen Ärzten ermöglicht werden, beispielsweise durch Austausch großer Dateien und Ausbau der Videomedizin, wie sie etwa für die begleitende telemedizinische Versorgung / Beratung chronischer Kranker (Diabetiker, Herzkranker, Rheumatiker, Schmerzpatienten, etc.) möglich ist. Telemedizin kann dabei aber nur einen Teil der ärztlichen Tätigkeit erfassen, sie ersetzt jedoch auf keinen Fall den persönlichen Kontakt zwischen Arzt und Patient.

Die Gesundheitskonferenz, die alle am Gesundheitswesen beteiligten Akteure im Rhein-Kreis Neuss zusammenführt, hat sich in der Vergangenheit als Erfolgsgeschichte herausgestellt. Diese setzt Maßnahmen zur Gesundheitsförderung um, bezieht Stellung zu aktuellen Entwicklungen im Gesundheitswesen und bringt Beteiligte und Betroffene miteinander ins Gespräch. Durch die Zusammenlegung mit der Pflegekonferenz zur „Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter“ haben wir den Themenkomplex an die heutigen Herausforderungen angepasst und systematisch weiterentwickelt. Unser Ziel ist die Verbesserung der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Kreis Neuss.

Im Bereich der Pflege möchten wir Freie Demokraten das Prinzip ambulant vor stationär konsequent verfolgen und eine Pflege in den eigenen vier Wänden so lange es geht ermöglichen. Dies entspricht nicht zuletzt den Vorstellungen und Wünschen vieler Pflegeempfängerinnen und -empfänger sowie von deren Angehörigen. Eine Erhöhung der Tages- und Kurzzeitpflegeplätze zur temporären Entlastung der pflegenden Angehörigen ist dringend notwendig und zu fördern. Neben ambulanter häuslicher Pflege und stationärer Betreuung sind alternative Wohnformen zu unterstützen und zu fördern. Hierfür müssen gesetzliche Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass die ambulante pflegerische Versorgung dieser Wohngruppen ohne den derzeitigen bürokratischen Aufwand und die viel zu hohen Anforderungen, die an die Betreiber gestellt werden, ermöglicht werden kann.

Darüber hinaus setzen wir uns für die Förderung der privaten Pflegedienste ein, denn bei der stetigen Zunahme alter und pflegebedürftiger Menschen werden zunehmend auch private Pflegedienste benötigt, um den steigenden Bedarf zu decken. Ambulante Pflege muss gut organisiert sein, um zum Wohl der Pflegebedürftigen ohne Reibungsverluste effizient zu funktionieren. Wir werden deshalb den Aufbau von Versorgungsnetzwerken mit patientenorientierter Kooperation der hausärztlichen, pflegerischen und palliativen Versorgung fördern. Für diejenigen, die nicht mehr in den eigenen vier Wänden wohnen und ambulant gepflegt werden können oder wollen, wollen wir eine ausreichende Anzahl von

Plätzen in Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen entsprechend dem jeweiligen Bedarf in den Kreiskommunen schaffen.

Das Angebot an Hebammen und damit auch die begleitende Hilfe der Hebammen vor Ort ist auch im Rhein-Kreis Neuss akut gefährdet. Die bei weitem der Leistung nicht angemessene Bezahlung in Verbindung mit enorm gestiegenen Haftpflichtversicherungsprämien kommen fast einem Berufsverbot gleich. Immer mehr Hebammen geben auf. Dies führt bei den verbleibenden zu noch höheren Arbeitsbelastungen. Die Negativspirale wird dadurch zusätzlich beschleunigt. Diese Entwicklung gilt es zu verhindern. Wir können im Rhein-Kreis Neuss auf die frühe Hilfe der Hebammen in Bezug auf die Jugendämter und auf das Angebot vor Ort nicht verzichten.

Rechtsstaat und Sicherheit

Sicherheit und Freiheit sind eng miteinander verbunden. Eine Gesellschaft braucht Freiheit und Sicherheit. Für uns Freie Demokraten haben die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger den gleichen Stellenwert wie der Anspruch auf Schutz vor Kriminalität. Dabei müssen alle Maßnahmen der inneren Sicherheit in einem Abwägungsprozess zwischen dem Eingriff in die Freiheit und dem Nutzen für die objektive Sicherheit betrachtet werden. Eine Videobeobachtung wollen wir nur dann an Kriminalitätsschwerpunkten ausweiten, wenn die Sicherheit dort absehbar erheblich verbessert wird und das schnelle Eingreifen der Polizei auch sichergestellt ist.

In unserer freiheitlichen und offenen Gesellschaft ist Sicherheit ein elementares Bedürfnis und unverzichtbar für eine hohe Lebensqualität. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zu sichern und die Achtung ihrer Rechte auf Leib, Leben, Gesundheit und Eigentum sowie andere Grundrechte auch gegenüber Dritten zu gewährleisten. Nur eine gut aufgestellte und modern und digital ausgestattete Polizei und Justiz sind dafür unabdingbar. Daher begrüßen wir die Ausweitung der Polizeianwärterinnen- und -anwärterstellen auf 2.500, die bessere Ausstattung der Polizei sowie die deutlichen Investitionen in den Justizbereich durch die NRW-Landesregierung.

Sicherheit ist heute ein zunehmend bedeutender Standortfaktor, besonders im Hinblick auf die ältere Bevölkerung. Nur wenn sich die Menschen und die Unternehmen im Rhein-Kreis Neuss sicher fühlen, werden sie sich hier ansiedeln, niederlassen und bleiben.

Eine weitere Priorität für uns Freie Demokraten beim Thema Sicherheitspolitik im Rhein-Kreis Neuss liegt bei den haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehren, den Rettungsdiensten und dem Katastrophenschutz. Hier darf aus unserer Sicht nicht gespart, sondern muss Wert auf eine optimale Versorgung und Ausrüstung gelegt werden. Nur wenn sich ausreichend Bürgerinnen und Bürger zum ehrenamtlichen Einsatzdienst bei den freiwilligen Rettungskräften bekennen, kann die Sicherheit in unseren acht Kreiskommunen gewährleistet werden. Die ehrenamtlichen Rettungskräfte setzen sich unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens für unser aller Sicherheit ein. Das Ehrenamt bei den freiwilligen Rettungskräften verdient höchste Anerkennung und Respekt. Wir verurteilen daher auf schärfste verbale oder gar gewalttätige Angriffe auf Rettungs- und Einsatzkräfte. Kampagnen

für mehr Respekt gegenüber Rettern und Einsatzkräften erhalten daher unsere volle Unterstützung. Zu prüfen und weiter zu unterstützen ist der interkommunale Austausch auch bei den Feuerwehren. Durch geeignete Kooperation in kommunalen Grenzgebieten können die Alarmzeiten ggf. noch weiter verringert werden oder auch Spezialfahrzeuge wie Drehleitern bei besonders hohen Gebäuden schneller eingesetzt werden.

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist eine große Gemeinschaftsaufgabe. Mit uns Freien Demokraten wird die bürgerschaftliche Hilfe in Zusammenarbeit mit der Kreispolizeibehörde und den Ordnungsämtern eine höhere Priorität zur Kriminalitätsbekämpfung bekommen. Neben den Städten und der Gemeinde im Rhein-Kreis Neuss, mit denen vertraglich festgelegte Ordnungspartnerschaften abgeschlossen wurden, gibt es erfolgreiche Kooperationen, z. B. mit den Verkehrsbetrieben Neuss, den Sozialträgern, Jugendämtern und vielen Vereinen. So unterstützen auch viele örtliche Schützenvereine diese Initiative. Durch diese Netzwerke, die wir weiter pflegen und ausbauen wollen, sollen Verbrechen vermieden und Menschen aufmerksamer und sensibler werden.

Mobilität und Verkehr

Mobilität ist von großer Bedeutung sowohl für die Lebensqualität der Einwohner unseres Kreises als auch für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unserer heimischen Wirtschaft. Welcher technische Weg für die Antriebssysteme der Zukunft jedoch der Richtige ist, kann nicht die Politik entscheiden. Deshalb ist ein technologieoffener Ansatz richtig. Elektromobilität, neue Antriebssysteme, autonomes Fahren und die Digitalisierung werden die Verkehrssysteme auch im Rhein-Kreis Neuss nachhaltig verändern. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für eine technologieoffene, ideologiefreie, bezahlbare, nutzerorientierte und vernetzte Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Kreis Neuss mit intelligenten Lösungen ein.

Verkehrspolitik muss neben dem Mobilitätsbedürfnis auch den Aspekt der Sicherheit sowie Umwelt- und Klimaschutzziele berücksichtigen. Daher setzen wir uns als Freie Demokraten für ein mit- und nebeneinander von motorisiertem Individualverkehr, öffentlichem Personennahverkehr, Elektromobilität, Radfahrverkehr und Fußgängern ein. S-Bahnen, Busse, Car-Sharing, Pedelecs, E-Scooter oder E-Roller, Fahrrad und Auto müssen Bausteine eines integrierten Mobilitätskonzeptes sein. Die verschiedenen Verkehrsträger müssen so vernetzt sein, dass jeder zwischen diversen Alternativen wählen kann, um die Ideallösung für die persönliche und individuelle Mobilität zu finden. Nur so können die Angebote des Arbeits- und Freizeitens optimal und ressourcen-, klima- und umweltschonend genutzt werden. Hierzu wollen wir „Mobilitätspunkte“ schaffen, die einen sinnvollen und effizienten Umstieg zwischen verschiedenen Transportmitteln ermöglichen - um mit dem Auto zur Haltestelle, mit dem Bus in die Innenstadt und mit dem E-Scooter zum Zielort zu kommen.

Wir Freie Demokraten wollen die Chancen, die die Digitalisierung gerade auch in diesem Bereich bietet, nutzen. Dazu gehört insbesondere auch die Förderung innovativer autonomer Systeme auf Schienen, Wasserwegen, Straßen und in der Luft, inklusive Drohnen und Hyperloops. Für eine erfolgreiche Umsetzung ist eine digitale Vernetzung aller Verkehrsteilnehmer auf offenen, standardisierten Plattformen mit einheitlichen

Schnittstellen erforderlich. Wir unterstützen das zunehmende Sharing von Fahrangeboten und die Entwicklung von „Mobility-on-Demand“-Angeboten in Ballungszentren sowie auch im ländlichen Raum. Parkplatzsuchverkehre wollen wir durch den Einsatz digitaler Systeme (Smart Parking) verringern.

Die Verkehrsinfrastruktur des Rhein-Kreises muss im Rahmen des Strukturwandels in den nächsten Jahren entscheidend weiterentwickelt und verbessert werden. Planungszeiträume für Infrastrukturvorhaben müssen deutlich verkürzt und Anwohner frühzeitig einbezogen werden. Um trotz der stark ansteigenden Verkehrsmengen Arbeitsplätze und Wachstum langfristig zu sichern, braucht der Wirtschaftsstandort Rhein-Kreis Neuss neben einem sehr gut ausgebauten Straßen- und Autobahnnetz eine optimale Anbindung an den Schienenverkehr, die umliegenden Flughäfen sowie Wasserstraßen und Rheinhäfen. Im künftigen Wettbewerb der Kommunen um Einwohner und Unternehmensansiedlungen ist das von enormer Bedeutung.

Zudem muss eine moderne und innovative Wirtschaftsregion wie der Rhein-Kreis Neuss eine dichte und damit optimale Anbindung zu den umliegenden Regionen und Städten realisieren. Das gilt vor allem für die Nachbarstädte Düsseldorf, Köln, Mönchengladbach und den Kreis Mettmann, die Städtereion Aachen sowie den grenzüberschreitenden Raum.

Um Mobilität für Berufspendler, Auszubildende und Studierende auch grenzübergreifend zu verbessern, setzen wir als Freie Demokraten uns für den Ausbau des ÖPNV-Angebotes sowie für bessere und einfachere Tarife der Verkehrsverbünde ein. So möchten wir die Buslinien zwischen den Kommunen im Rhein-Kreis Neuss fördern. Dadurch soll die Anzahl der Verbindungen zwischen den Kommunen steigen und die Fahrtdauer sinken. Zudem fordern wir, dass sich der Rhein-Kreis Neuss in den politischen Gremien des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr (VRR) insbesondere für die Modernisierung der VRR-App und -Internetseite einsetzt. Es soll möglich werden, dass ein mobiler Ticketkauf mit ein paar Klicks und innerhalb von wenigen Sekunden durch digitale Zahlungsmittel möglich wird. Außerdem sollen die Zeittickets ebenfalls als E-Ticket auf smarten Endgeräten gespeichert werden können. Dies gilt auch für den grenzüberschreitenden Schienenpersonenverkehr entlang der deutsch-niederländischen Grenze. Hierfür wollen wir die Organisationsstrukturen des Nahverkehrs überprüfen und die unterschiedlichen Verkehrsverbünde bzw. Kooperationsräume an der Leistungsfähigkeit orientiert neu ordnen. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sollen auch hier genutzt werden, beispielsweise bei digitalen Bezahlssystemen und der Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern.

Der Öffentliche Personennahverkehr bedarf zudem einer Anpassung seiner Taktzeiten, um eine konsequentere Vernetzung zwischen Bahn, Bus und Radverkehr herstellen und den Menschen auf ihren Wegen, ob im Alltag oder in Ihrer Freizeit, eine attraktive Alternative zum eigenen PKW bieten zu können. Hierzu gehört auch der weitere Aus- und Umbau von Bahnhöfen und Haltestellen, um das Ziel Barrierefreiheit zu realisieren.

Einen entscheidenden Beitrag für einen wirksamen Klimaschutz muss auch der Verkehrssektor liefern. Jedoch nicht durch Fahrverbote. Diese wollen wir durch geeignete Maßnahmen vermeiden. Wir setzen uns deswegen für eine Umrüstung kommunaler Fahrzeuge und der Fahrzeuge des Öffentlichen Personennahverkehrs auf emissionsarme

Antriebssysteme ein. Die dafür zur Verfügung stehenden Fördermittel von Bund und Land müssen in Anspruch genommen werden.

Bei vielen Fahrradfahrern ist der Rhein-Kreis Neuss mit seinen ausgeprägten Auenlandschaften, Feldern, Wiesen und Wäldern sowie den zahlreichen Ausflugszielen und seinem mehr als 1.200 km langen, gut ausgebauten und ausgeschilderten Radwegenetz sehr beliebt. Wir Freie Demokraten setzen uns daher auch künftig für den Erhalt und den weiteren Ausbau des Radwegnetzes im Rhein-Kreis Neuss ein, damit der Kreis das Qualitätssiegel „Fahrradfreundlicher Kreis“ behält. Das beinhaltet auch ein Netz von Radschnellwegen z.B. zwischen Meerbusch im Norden und Dormagen/Rommerskirchen im Süden, zwischen Neuss im Osten und Jüchen und Korschenbroich im Westen des Kreises.

Die Lärmbelastung der Bürger im Straßenverkehr hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Hier ist eine möglichst unterbrechungsfreie Verkehrsführung erforderlich, da die größte Lärm- und Umweltbelastung durch stehende Fahrzeuge mit laufenden Motoren und ständige Beschleunigungsvorgänge entsteht. Wir Freie Demokraten unterstützen daher die Einrichtung eines konsequenten Verkehrsmanagements („Grüne Welle“) und Investitionen in Lärmschutz mit dem Ziel, den Verkehrsfluss möglichst reibungsfrei, schnell und mit den geringsten Beeinträchtigungen für die Anwohner zu gestalten. Umweltpuren wie in der Landeshauptstadt Düsseldorf, die genau das Gegenteil erreichen, lehnen wir daher konsequent ab.

Sport, Kultur und Integration

Sport

Sport leistet einen wichtigen Beitrag für die Lebensqualität in unseren acht Kreiskommunen. Dem Sport kommt dabei eine besondere Rolle zu, sowohl in der Freizeitgestaltung als auch bei der Persönlichkeitsbildung von Kindern und Jugendlichen. Vereins- und Freizeitsport erweitern die physische und psychische Belastbarkeit, stärken die Gesundheit und fördern den Gemeinsinn. Darüber hinaus leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Integration und stellen ein geeignetes Instrument dar, um die Inklusion für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung voranzutreiben.

Für uns Freie Demokraten ist die Bereitstellung, Pflege und Nutzung vielfältiger Freizeit-, Sport- und Erholungseinrichtungen wichtig. Hierzu gehört auch eine bedarfsgerechte und gut ausgebaute Infrastruktur für den Breiten- und Freizeitsport - vor allem auch eine Sanierung und Modernisierung bestehender Anlagen. Wir begrüßen das entsprechende Förderprogramm des Landes hierfür. Beratungsangebote des Landes für eine Umstellung von Kunstrasenplätzen mit Mikroplastikfüllmaterial sollten genutzt werden. Außerdem setzen wir uns für die Öffnung der Schulsportanlagen außerhalb der Unterrichtszeiten sowie den Erhalt von Frei- und Schwimmbädern, die allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen, ein. Dabei wollen wir auch in diesem Bereich die Zusammenarbeit der acht kreisangehörigen Kommunen sowie den Sportvereinen stärken und ausbauen. Um eine hohe Auslastung und eine größtmögliche Angebotsvielfalt zu ermöglichen, ist eine Vernetzung aller beteiligten Gruppen, Institutionen und Vereine sinnvoll. Auch die Einbindung privater

Investoren und Sponsoring kann ein geeignetes Instrument zur Finanzierung von Sport- und Erholungsstätten sein.

Zur Förderung der Schwimmfähigkeit von Kindern sollen die Maßnahmen des Aktionsplans „Schwimmen lernen in NRW 2019-2022“ in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen und -verbänden aktiv genutzt werden.

Im Rhein-Kreis Neuss haben wir über 400 ehrenamtlich geführte Vereine mit über 120.000 Mitgliedern. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, die ehrenamtliche Tätigkeit in ihrem umfassenden gesellschaftlichen Nutzen noch stärker zu würdigen und zu unterstützen. Die Förderung der Ausbildung und Arbeit der ehrenamtlichen Übungsleiter sowie Sportabzeichenwettbewerbe werden wir ebenfalls weiterhin fortsetzen.

Leistungssport als Aushängeschild trägt zum positiven Erscheinungsbild des Kreises bei und ist Zugpferd des Breitensports. Als Freie Demokraten unterstützen wir deshalb auch das Sportinternat Knechtsteden als Leuchtturm in der Sportlandschaft, um talentierte Kinder und Jugendliche frühzeitig sportlich zu fördern, ohne sie in ihrer schulischen Entwicklung zu behindern sowie die weitere Entwicklung der Olympiastützpunkte und Leistungszentren im Rhein-Kreis Neuss. Mit dem „4-Türen-Modell“ des Sports haben wir zudem die Basis eines umfassenden Sport-Netzwerkes im Rhein-Kreis Neuss geschaffen, vom Tagesgeschäft der Sportförderung bis zu den Notwendigkeiten der konzeptionellen Weiterentwicklung.

Kultur

Für den Rhein-Kreis Neuss ist ein attraktives Kulturangebot unverzichtbar. Kultur schafft Identität und ist Ausdruck von Individualität unserer Region. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Freizeitgestaltung, macht das Kreisgebiet attraktiv und zieht damit auch auswärtige Besucher an. Schloss Dyck, das Museum Insel Hombroich sowie die weiteren kulturellen Attraktionen in unseren acht Kreiskommunen bieten ein reiches Kulturangebot, das auch weit über die Kreisgrenzen hinweg bekannt ist.

Um die kulturelle Vielfalt zu erhalten, muss es neben den staatlichen Institutionen möglichst viel Spielraum für privates Engagement, Stiftungswesen, Sponsoring, Initiativen und Unternehmungen geben. Mit Blick auf unsere öffentlichen Kultureinrichtungen wollen wir Eigenverantwortung und Gestaltungsspielräume bei den handelnden Akteuren stärken. Mit dem Masterplan-Kultur wollen wir diese Ziele erreichen.

Der von uns initiierte und für moderne Kommunikationsmittel weiterentwickelte digitale Kulturführer „Kultohr“, der mit dem NRW-Innovationspreis ausgezeichnet wurde und seinen Nutzern über Smartphone ermöglicht, Informationen über Sehenswürdigkeiten und kulturhistorische Schauplätze im Rhein-Kreis Neuss zu hören, muss integraler Bestandteil des Kulturmarketings bleiben und ständig aktualisiert und weiterentwickelt werden. Auch dieser sollte in die von uns geforderte einheitliche Kreis-App integriert werden. In zahlreichen Projekten wie Schloss Dyck mit den Classic Days, Museum Insel Hombroich und der Raketenstation, das Museum der Niederrheinischen Seele in der Villa Erckens, Haus Katz, dem Tuppenhof, der Basilika Knechtsteden spiegelt sich unser Einsatz für Kultur wider.

Aber auch die Kulturausgaben sind Steuergelder, weshalb wir uns als Freie Demokraten weiterhin für eine Optimierung des Controllings für Kulturausgaben einsetzen werden. Denn bei aller Unterstützung der kulturellen Landschaft im Rhein-Kreis Neuss, muss auch in diesem Bereich immer auf eine ausgewogene Balance zwischen Kosten und Nutzen geachtet werden.

Integration

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Rund 20 Prozent aller Menschen im Rhein-Kreis Neuss haben einen Migrationshintergrund und viele leben bereits in vierter und fünfter Generation hier. Aufgrund der demographischen Entwicklung und des Fachkräftemangels sind wir auf das Anwerben von Talenten und die Einwanderung von Fachkräften nach klaren Kriterien angewiesen - wir setzen uns deshalb für ein neues Einwanderungsrecht auf Bundesebene ein.

Unserer humanitären Verantwortung, Menschen Schutz vor Krieg und Verfolgung zu geben, werden wir auch weiterhin gerecht. Die Integration der Menschen, die nach Deutschland kommen und sich hier ihre Zukunft aufbauen wollen, geschieht vor Ort. Im Zuge der Aufnahme einer großen Zahl von Flüchtlingen in den letzten Jahren haben die Städte und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss außerordentliches geleistet. Auch die zahlreichen Vereine in unserem Kreis, viele davon gegründet von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund, leisten einen wichtigen Beitrag, indem bürgerschaftliche Ziele und Werte wie Zivilcourage, Respekt, Toleranz und Fairness vermittelt und gemeinsam gelebt werden. Wir Freie Demokraten unterstützen diese Entwicklung und sind gerne bereit, diese aktiv z. B. mit der Verleihung des Integrationspreises, mit dem der Rhein-Kreis Neuss seit 2010 bürgerschaftliches Engagement und innovative Projekte würdigt, die in vorbildlicher Weise zu Integration und interkultureller Verständigung beitragen, zu fördern. Jeglicher Form von Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und damit zusammenhängende Gewalt treten wir dagegen entschlossen entgegen.

Woher jemand kommt, ist für uns Freie Demokraten nicht entscheidend. Entscheidend ist das Ziel, welches er oder sie mit uns gemeinsam erreichen will. Daher fordern wir sinnvolle Qualifizierungsmaßnahmen für ungelernete neue Zuwanderer und für eine schnelle Eingliederung in die Berufswelt. Für die eigene Emanzipation, den beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg ist das Beherrschen der deutschen Sprache der unverzichtbare Schlüssel. Deswegen wollen wir die Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache ausbauen und auch langfristig unterstützen. Weitere Qualifizierungsangebote wollen wir entsprechend des konkreten Bedarfs stärken. Wir setzen uns dafür ein, die Programme des Landes zur Unterstützung junger Flüchtlinge bei der Qualifizierung und Integration in Ausbildung und Arbeit zu nutzen.

Es ist für uns Freie Demokraten selbstverständlich, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft in Deutschland die gleichen Rechte und Pflichten genießen. Damit geht für uns einher, dass wir von allen Menschen die Anerkennung unserer Rechtsordnung - unseres Grundgesetzes - erwarten. Wir unterstützen deswegen den klaren Kurs der FDP in der Landesregierung, einerseits Integrationsverweigerer, Kriminelle und Gefährder konsequent in ihre Heimatländer zurückzuführen und andererseits faire Chancen für gut integrierte

Geduldete zu schaffen. Dieser Kurs der Landesregierung entlastet auch den Rhein-Kreis Neuss, denn diejenigen, die nicht bleiben können, werden nun zügiger abgeschoben - zunehmend bereits aus Landeseinrichtungen - und diejenigen, die gut integriert und geduldet sind, kommen schneller in Arbeit und können sich damit selber versorgen.

Bürgerbeteiligung und Ehrenamt

Wir Freie Demokraten im Rhein-Kreis Neuss stehen für die freie offene Bürgergesellschaft. Wir wollen jedem einzelnen Menschen die Möglichkeit geben, sein Lebensumfeld aktiv mit zu gestalten und seine Interessen und Sichtweisen in die politischen Entscheidungen vor Ort einzubringen.

Demokratie beginnt unmittelbar vor Ort. Die Kommune ist daher der ideale Ort für ein bürgerschaftliches Engagement. In einer liberalen Bürgergesellschaft müssen Politik und Verwaltung transparent sein und eine Beteiligung der Menschen zulassen. Neue Medien und Informationsangebote im Internet eröffnen in diesem Bereich neue Chancen der Information und Interaktion, sodass sich Bürger tagesaktuell an politischen Debatten beteiligen können. Das trägt auch dazu bei, Konflikte zu vermeiden, Genehmigungs- oder Planfeststellungsverfahren zu entlasten und die gerichtliche Anfechtung von Behördenentscheidungen zu verringern.

Die liberale Bürgergesellschaft lebt vom Ehrenamt. Ohne das freiwillige Engagement von zahlreichen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Sport- und Kulturvereinen, der Freiwilligen Feuerwehr, dem Schützenwesen, im Karneval, in Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Sozialdiensten und nicht zuletzt in der Kinder- und Jugendarbeit wäre unsere Gesellschaft kälter und nicht lebensfähig. Diese Menschen wollen wir stärken.

Im Kreisgebiet gibt es eine reiche Kultur bürgerschaftlichen Engagements, welche das Fundament für die hohe Lebensqualität im Rhein-Kreis Neuss ist. Um diese auch zukünftig zu erhalten, wurden auf unsere Initiative die finanziellen Rahmenbedingungen für die Förderung und Stärkung des Ehrenamtes sichergestellt. So finden in jedem Jahr zahlreiche Veranstaltungen, Auszeichnungen und Preise für ehrenamtliche Leistungen im Rhein-Kreis Neuss statt, die wir weiterhin fördern und unterstützen.

Auch die Kommunalpolitik lebt vom Mitmachen. Gerade vor Ort können die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem eigenen Beitrag wesentlich zur Verbesserung ihres direkten Lebensumfeldes und ihrer Lebensqualität beitragen.

Wir Freie Demokraten laden dazu ein, sich aktiv in der Bürgergesellschaft zu beteiligen und bei uns mitzuwirken. Gemeinsam mit den Menschen vor Ort werden wir eine lebendige und zukunftsorientierte Politik für unsere acht Kreiskommunen - Neuss, Grevenbroich, Dormagen, Meerbusch, Kaarst, Korschenbroich, Jüchen und Rommerskirchen - gestalten.